59. Jahrgang No. 352

Berliner Volks-Zeitung

Abend-Ausgabe
Sonnabend, 29. Juli 1911

Kriegsministerielle Wahlbeeinflussung.

Was ist ein Reserveoffizier? Unbefangene werden sagen: Ein Bürger, der im Kriegsfalle als Offizier eingezogen wird und der im Frieden eine bestimmte Anzahl militärischer Uebungen abzuleisten hat. Eingeweihte lächeln darüber; sie wissen, daß ein Reserveoffizier auch im zivilen Gewande der militärischen Oberaufsicht unterstellt wird, daß sein Tun und Lassen vom militärischen Standpunkt beurteilt, daß nicht nur seine Person, sondern sogar seine politische Gesinnung kontrolliert wird. Werden doch in Preußen und dem Deutschen Reiche die Reserveoffiziere nicht ausschließlich auf Grund ihrer militärischen Fähigkeiten gewählt, sondern ausschlaggebend sind allerlei ganz unmilitärische Dinge: soziale Stellung („Koofmichs" zum Beispiel kriegen die Epauletten grundsätzlich nicht, sondern bringen es nur bis zum „Vizespieß"), Konfession (trotz aller gegenteiligen Beteuerungen des Kriegsministers), politische Meinung.

Hier ist natürlich nur die Betätigung im reaktionären Sinne gestattet und sogar gewünscht. Mit stürmischer Genugtuung verzeichnet jetzt die gesamte konservative und gesinnungsverwandte Presse eine Verfügung, die das Kriegsministerium unterm 8. Juli d. J. erlassen hat und die da lautet:

„Ein Offizier des Beurlaubtenstandes hat vor der Stichwahl zu einer parlamentarischen Körperschaft zur Wahl eines Mitgliedes der sozialdemokratischen Partei öffentlich aufgefordert und sich auch sonst in diesem Sinne agitatorisch betätigt. Dem Offizier ist daraufhin der Abschied erteilt worden."

Selbstverständlich ist dieser Eingriff des Ministers in die politische Tätigkeit eines Bürgers so unberechtigt wie möglich; sie ist klipp und klar ein Akt des Terrorismus zugunsten der reaktionären Parteien. Die einzig richtige Antwort auf diesen ministeriellen Eingriff wäre die, daß alle Reserveoffiziere, die Wert auf ihre politische Unabhängigkeit legen, ihren Abschied einreichen. Denn militärische Pflichten und politische Ueberzeugung sind nun einmal zwei Dinge, die nicht zusammengekoppelt werden dürfen. Nach diesem Schritt des Kriegsministers können wir es vor den nächsten Reichstagswahlen ohne weiteres erleben, daß den Reserve- und Landwehroffizieren die Abgabe nicht konservativer und klerikaler Stimmzettel untersagt wird. Zwar ist den Staatsbürgern die Wahlfreiheit gesetzlich gewährleistet, zwar ist die Erkenntnis, daß der internationale Ultramontanismus die schlimmste Gefahr für das Deutsche Reich bedeutet, schon weit in konservativ gesinnte Kreise eingedrungen, aber was kümmert das unsere Junker? Sie kommandieren, und die Regierung pariert.

Selbstverständlich wird man sich mit diesem Akte kriegsministerieller Wahlbeeinflussung noch im Reichstage zu beschäftigen haben; aber das genügt nicht; Selbsthilfe tut not. Wem seine politische Ueberzeugung wertvoller ist, als das angeblich beseligende Gefühl des Sommerleutnanttums, der verzichte auf die Wahl zum Reserveoffizier und trage auf diese Weise dazu bei, daß die Zahl der Schrittmacher der Reaktion von Jahr zu Jahr abnehme.

Die Marokkofrage.

Keine internationale Konferenz.

(Telegraphische Berichte.)

London, 29. Juli.

Wie das Reutersche Bureau erfährt, ist in der internationalen Lage keine neue Entwicklung zu verzeichnen. Es liegt keine Berechtigung für das Gerücht vor, daß eine internationale Konferenz einberufen werden soll, um die aus den Vorgängen in Marokko entstandene Lage zu besprechen. Es wird darauf hingewiesen, daß angesichts der Erklärung des Premierministers Asquith von seiten Großbritanniens kein solcher Vorschlag gemacht werden könnte, wenn es oder bis es nicht klar hervortreten würde, daß Frankreich und Deutschland nicht imstande seien, eine befriedigende Lösung untereinander zu erreichen. Selbst wenn ein solcher Stand der Dinge eintreten sollte, werde alles, was die englische Regierung für notwendig halte, darin bestehen, daß sie einen aktiven Anteil an jeder Besprechung über die Lage nehmen müßte, durch die die Interessen Großbritanniens berührt werden oder berührt werden können.

Canalejas über die französisch-spanische Verständigung.

Paris, 29. Juli.

Der spanische Ministerpräsident Canalejas sprach dem Madridner Korrespondenten des „Matin" gegenüber seine Befriedigung über das Ergebnis der mit Frankreich gepflogenen Unterhandlungen zur Erreichung einer Verständigung aus. Er sagte: In Zukunft werde der Lekkosfluß die Grenzlinie zwischen den spanischen Truppen und den marokkanischen Mahallas bilden, ob diese nun unter französischen Instrukteuren stünden oder nicht. Der Lekkos werde jedoch nicht die spanische Einflußzone von dem übrigen Gebiete abtrennen, vielmehr können die Europäer in diesem Gebiete frei zirkulieren, falls sie die Erlaubnis ihrer Konsuln oder deren Stellvertreter dazu haben. Auf diesen Punkt habe Frankreich großen Wert gelegt, und Spanien habe gern nachgegeben. Auch Offiziere dürfen mit Waffen und Begleitmannschaften in dem fraglichen Distrikte frei umhergehen. Da beide Parteien von dem Wunsche nach einer Verständigung beseelt waren, so habe auch die Frage der Deserteure keinerlei Schwierigkeiten hervorgerufen.

Eine neue deutsch-englische Freundschaftskundgebung.

London, 29. Juli.

Auf einer Versammlung der englisch-deutschen Freundschaftsgesellschaft, die gestern nachmittag hier unter dem Vorsitz von Sir Frank Lascelles abgehalten wurde, gelangte folgende Resolution zur Annahme:

Die englisch-deutsche Freundschaftsgesellschaft betrachtet mit Besorgnis die Meinungsverschiedenheiten, die bezüglich Marokkos entstanden sind, und wünscht ihrer aufrichtigen Hoffnung Ausdruck zu geben, daß die öffentliche Meinung in England wie in Deutschland während des Verlaufs der Unterhandlungen eine Haltung ruhiger Abwägung der auf beiden Seiten vertretenen Ansichten bewahren und alles in ihrer Macht Stehende tun werde, um die herzlichen und freundschaftlichen Beziehungen zwischen Großbritannien und Deutschland zu erhalten.

Kurze Chronik.

* In der heutigen außerordentlichen Generalversammlung der Großen Berliner Straßenbahngesellschaft wurde der Vertrag mit der Stadt Berlin angenommen.

Der türkische Botschafter in Paris Naum Pascha ist, während er gestern abend in einer Gesellschaft weilte, plötzlich gestorben.

Der Kompagnon des betrügerischen Liquidators der französischen Kongregationen Duez, Martin Gauchier, wurde in Paris zu zwanzig Jahren Zwangsarbeit und dreitausend Franks Geldbuße in contumatiam verurteilt.

* Eine internationale Opiumkonferenz soll vom 1. Oktober 1912 ab im Haag abgehalten werden.

In Grand-Quevilly bei Rouen ist ein Fabrikneubau eingestürzt. Neun Arbeiter wurden getötet, vier schwer verletzt.

* Näheres im Text des Blattes.

Pfarrer Kraatz vor dem Konsistorium.

Wie wir bereits in der heutigen Morgenausgabe melden konnten, erfolgte heute vormittag die Vernehmung des Pastors Kraatz vor dem Oberkonsistorialrat Dr. jur. Crisolli.

Die Vernehmung dauerte mehr als zwei Stunden und erfolgte an der Hand der dem Oberkonsistorialrat vorgelegten Predigt. Nach den üblichen Formalitäten wurde Pastor Kraatz nach den Gründen befragt, die ihn die Wahl eines derartigen Predigtthemas tunlich erscheinen ließen. Der Prediger verwies auf die betreffende Stelle seiner Predigt, die jedoch zu dem vom Konsistorium beanstandeten Inhalt zählt. Sie lautet wörtlich:

„Während ich fern von Charlottenburg weilte, traf mich die tieferschütternde Kunde von dem nicht genug zu beklagenden, traurigen Vorfalle innerhalb unserer preußischen Landeskirche, der Absetzung des Kölner Pfarrers Jatho wegen angeblicher Irrlehre. Eine ungeheure Erregung ist durch diese Absetzung verursacht worden, und man täusche sich nicht darüber: diese Erregung wird nicht so bald vorübergehen; denn sie ist keineswegs, wie manche behaupten, künstlich hervorgerufen, sondern sie ist der unwillkürliche, elementare Ausdruck des in seinen Grundrechten sich verletzt fühlenden protestantischen Gewissens! Ihr könnt euch denken, was ich damals, als die Kunde von der Absetzung des hochbegabten, durch und durch evangelischen Pfarrers zu mir drang, am liebsten getan hätte: hinauf auf die Kanzel meiner Gemeinde und Zeugnis ablegen. Allein daran hinderte mich die Entfernung, das hätte mir auch der Arzt und mein Gesundheitszustand verboten. Nun aber zurückgekehrt, kann ich es nicht lassen, zu reden von dem Ereignis, dessen Tragweite noch gar nicht übersehen werden kann."

Konsistorialrat Dr. Crisolli ging nun den Inhalt der Predigt durch und verweilte bei einigen anderen Stellen, ohne sich aber zu äußern, welche Stellung das Konsistorium dazu einnehme, wiewohl an der Einrichtung des Spruchkollegiums Kritik geübt wird:

„Man richtet vielleicht die Frage an mich: was hätte man denn nach Deiner Meinung im Spruchkollegium tun sollen? Und ich antworte darauf: man hätte die Denunzianten zur Ruhe weisen, abwarten und den Rat des Gamaliel befolgen sollen. Man hätte sich sagen sollen: ist die Tätigkeit des Kölner Pfarrers eine rein menschliche, fehlt ihm der göttliche Geist, dann wird die Begeisterung für diesen Mann sehr bald aufhören, und er wird allein dastehen. Ist aber Gott mit ihm, wirkt er in seinem Geiste, dann nützt es nicht, ihn abzusetzen, schadet höchstens nur der guten Sache."

Am Schlusse seiner Predigt spricht Pastor Kraatz von der Notwendigkeit der Aufhebung des Spruchkollegiums:

„Die katholische Kirche, die bekanntlich, wo sie nur kann, uns Protestanten tadelt, angreift und beschimpft, sie hat das Urteil des Spruchkollegiums als richtig bezeichnet und freut sich, daß nun auch bei uns an Stelle der evangelischen Freiheit mehr und mehr der katholische Zwang herrschen soll. Ein solches Lob aus solchem Munde muß uns doch ganz bedenklich stimmen und zeigt uns, auf welch gefährlichem Wege wir uns befinden. Gott gebe, daß der Fall Jatho den Anlaß dazu bieten möge, die Einrichtung des Spruchkollegiums wieder abzuschaffen, damit ein solcher beklagenswerter Vorfall, wie es die Absetzung des Kölner Pfarrers ist, sich nicht wiederholen könne."

Auf Befragen des Konsistorialrates erörterte Pastor Kraatz die Gründe seiner wie oben ausgedrückten Stellungnahme und erklärte auf die bestimmte Frage hin, **daß er von seiner Predigt auch nicht ein Wort zurücknehmen könne oder wolle.** Er fühle sich im Recht, und er will dieses Recht nachdrücklich vertreten.

Nachdem über seine Anklage verhandelt worden war, stellte Pastor Kraatz die Frage, ob seinem Antrag auf Erhebung einer Strafanzeige gegen die Offiziere stattgegeben sei. Der Konsistorialrat erwiderte, er habe nur den Auftrag, über den Inhalt der Predigt zu vernehmen, und könne über die Haltung der Offiziere nicht verhandeln, noch einer Meinung Ausdruck geben.

Damit war die Vernehmung, der außer den beiden Herren noch ein Schriftführer zugezogen war, zu Ende.

*

Die Militärbehörde hat bis zur Stunde nichts verlauten lassen, ob sie den morgigen Gottesdienst zu beschicken gedenkt. Pastor Kraatz predigt morgen, wie von uns bereits mitgeteilt, in der Georgenkirche am Alexanderplatz.

Dem Vernehmen der Charlottenburger „Neuen Zeit" nach ist aufsichtführender Offizier beim Kirchgang am letzten Sonntag Hauptmann v. Drebow von der 4. Kompagnie des Elisabethregiments gewesen, der durch Oberleutnant v. Buddenbrock von der Maschinengewehrkompagnie des Regiments auf die Ausführungen des Geistlichen aufmerksam gemacht worden sein soll. — Die Predigt des Herrn Pfarrer Kraatz erscheint im Druck und ist in der Hauptexpedition der „Neuen Zeit", Berliner Straße 128, unentgeltlich zu haben. Außerdem kann die Predigt auch Montag und Dienstag abends von 6—8 Uhr gleichfalls unentgeltlich in der Wohnung des Herrn Pfarrer Kraatz, Kirchstraße 2, in Empfang genommen werden.

Der Vertrag der „Großen Berliner" mit der Stadt.

Annahme in der heutigen Generalversammlung.

Im Hotel Adlon fand heute mittag eine außerordentliche Generalversammlung der Aktionäre der Großen Berliner Straßenbahn statt, die sich in der Hauptsache mit dem Vergleiche beschäftigte, den Vorstand und Aufsichtsrat mit der Stadtgemeinde Berlin abgeschlossen haben. Vertreten war ein Aktienkapital von 63 010 800 Mark mit 210 036 Stimmen. Der Vorsitzende, Geheimer Kommerzienrat Arnhold, wies einleitend darauf hin, daß sich die Gesellschaft seit Jahren mit der Stadt in einem Kriegszustande befunden hätte, der lähmend auf die Verkehrsverhältnisse eingewirkt habe. Diesem Zustande ein Ende zu machen, sei der dringende Wunsch aller Beteiligten gewesen. Nach langem Ringen und Verhandeln sei jetzt endlich das Einigungswerk zustande gekommen und es steht zu hoffen, daß nunmehr tiefere Differenzen zwischen den beiden Parteien ausgeschaltet seien. Es sei klares Recht geschaffen worden, das dem Unternehmen eine gedeihliche Fortentwickelung sichere.

Namens des Vorstandes erklärte hierauf der Generaldirektor der Großen Berliner Straßenbahngesellschaft, Ministerialdirektor a. D. Wicke, daß der Vorstand die Differenzen mit der Stadtverwaltung tief beklagt habe, besonders als sie sich zu einer Schärfe zugespitzt, die die Fortentwickelung des Unternehmens gehemmt hätte. Nunmehr sei für beide Teile eine rechtliche Grundlage geschaffen worden, mit der man zufrieden sein könne. Freilich erstrecke sich dieses Abkommen zunächst nur auf das engere Berlin, doch glauben Aufsichtsrat und Vorstand, daß sich demnächst ähnliche Grundlagen für die Vorortgemeinden und den im nächsten Jahre zusammentretenden Zweckverband würden schaffen lassen. Jedenfalls würde es die Verwaltung auch in diesen Fällen an Entgegenkommen nicht fehlen lassen. Bei einem Vergleiche, wie er mit Berlin geschlossen sei, müßten beide Teile von ihren vermeintlichen Rechten etwas nachlassen. Bei der Beurteilung des zur Debatte stehenden Abkommens dürfe man sich nicht auf Einzelheiten versteifen, sondern müsse den Vertrag in seiner Totalität prüfen. Berlin habe erhebliche Zugeständnisse gemacht, unter denen die Zustimmung zu einem verlängerten Gesellschaftsbetriebe bis 1940 beziehungsweise 1950 obenan stehe. Der Vorstand empfehle daher dringend die Annahme des Vergleichs.

In der Debatte stellte Dr. Schacht als Vertreter der Dresdner Bank einige Fragen. So verlangte er zu wissen, in welchem Umfang nunmehr eine Erweiterung des Bahnnetzes geplant sei und in welchem Tempo neue Linien in Berlin und den Vororten gebaut werden sollten. Auch wünschte er Auskunft darüber, ob der mit den Berliner Elektrizitätswerken abgeschlossene und bis 1919 noch laufende Stromlieferungsvertrag verlängert werden solle und ob sich nicht eine Ermäßigung des Strompreises erzielen lasse. Es stehe zu erwarten, daß der Stromverbrauch bis 1920 sich auf jährlich hundert Millionen Kilowattstunden steigern werde, und dann bedeute eine Ermäßigung um einen Pfennig pro Kilowatt schon eine Million Mark.

Der Vorsitzende beantwortete die Fragen dahin, daß neue Linien, auch nach den Vororten, sorgsch als möglich gebaut werden würden, doch dürfe nicht übersehen werden, daß die Konzessionsgesuche oft erst nach längerer Zeit behördlicherseits ihre Erledigung fänden. Was die Stromkosten anlange, so sei eine abfällige Kritik an dem geltenden Stromlieferungsvertrage nicht angebracht. Bei seinem Abschluß hätten die Verhältnisse wesentlich anders gelegen, als heute. Bei seinem Ablauf 1919 würde er wieder verlängert werden aber mit einer verbesserten Rabattskala. Schon in dem laufenden Jahre sei diese Rabattskala bereits verbessert worden, daß dadurch für die Gesellschaft eine Ersparnis von mehreren hunderttausend Mark erzielt werde. Die Anspannung eines Einheitssatzes habe sich als unangängig erwiesen. Deshalb sei mit den Elektrizitätswerken vereinbart worden, daß nur die entstandenen Selbstkosten mit einem Zuschlage zu berechnen seien. Ueber den Gang der Verhandlungen mit Vorortgemeinden könne die Verwaltung einstweilen keine Mitteilungen machen.

Von den anwesenden Arbeitervertretern Oxtmann und Harmann wurde

die Lohnfrage

angeschnitten. Dabei griffen beide den Direktor Wicke heftig an, weil dieser in einer Konferenz mit den Vertrauensmännern die Forderung der Angestellten als „maßlose Unverschämtheiten" bezeichnet haben solle. Herr Wicke bestritt die Aeußerung in dieser Form und betont, daß fast kein Jahr vergangen sei, ohne daß eine Verbesserung der Lohn